Karl Heinrich Pohl: Die Revolution von 1918/19 in Deutschland*

„Am 9. November 1918 standen zwei Republik-Modelle zur Wahl. Das eine basierte auf der Idee einer freiheitlich-parlamentarischen Demokratie, das andere auf der eines rätekonformen sozialistischen Systems."

(Michael Salewski, Kieler Nachrichten, Nr. 260, 7.11.1998).[1]

Im Jahre 1998 häuften sich die Gedenktage an große Ereignisse. Nur einige seien genannt: 350 Jahre Westfälischer Frieden, 150 Jahre deutsche Revolution, der hundertjährige Todestag Bismarcks – und eben auch 80 Jahre Novemberrevolution in Deutschland. Derartige Jubiläen haben – neben manchmal aufdringlichem und unnötigem Rummel – durchaus ihr Gutes: Sie aktualisieren Vergangenes und bringen es einer breiteren Öffentlichkeit wieder in Erinnerung. Das bedeutet aber auch, daß diese Vergangenheit durchaus unterschiedlich beurteilt wird.

Das wiederum ist – um eine Banalität zu nennen – eine besondere Eigenart der Geschichte. Die Vorstellungen über sie sind nicht immer gültig, sondern jede Generation kann und muß immer wieder neue und andere Fragen an die Geschichte stellen – und wird neue Antworten finden. Historische Rekonstruktionen verändern sich mithin. Neue Perspektiven ergeben sich aus neuen Umständen. Nicht zuletzt wird die Sicht durch die politische Position beeinflußt, die der jeweilige Historiker einnimmt. Bewähren aber wird sich im Wettstreit die Interpretation (so sollte es zumindest sein), die die Vergangenheit am plausibelsten erklärt, den größten Erkenntnisgewinn verspricht und dabei die Ergebnisse der bisherigen Forschungen sinnvoll integriert.

Aus heutiger Perspektive kann man – und diesen Standpunkt teile ich – die Revolution von 1918/19, ihren Verlauf und ihre Ergebnisse mit Hochachtung, vielleicht sogar mit Freude betrachten, bereitete sie doch der demokratischen Weimarer Republik den Boden. Zugleich aber muß man auf sie wohl auch mit einer gewissen Trauer schauen. Einer Trauer darüber, daß die Revolution weniger erfolgreich war, als sie hätte sein können. Es wurden möglicherweise in den Novembertagen des Jahres 1918 Chancen verschenkt, die die weitere Demokratisierung des Reiches vertieft und gefestigt hätten. Vielleicht wäre den Deutschen – um hier ein wenig zu spekulieren – in einem solchen Falle manches erspart geblieben.

Die folgenden Überlegungen befassen sich also im besonderen damit, ob in der Revolution alle vorhandenen Handlungsspielräume ausgenutzt wurden, ob die Chancen wahrgenommen wurden, die in der Situation des Novembers und Dezembers 1918 lagen und, wenn das nicht so war, warum die Revolution unvollendet „steckenblieb" und weiterreichende Möglichkeiten nicht ausnutzen konnte. Damit ist das Erkenntnisinteresse für diese Überlegungen abgesteckt.

Ein derartiges Vorgehen hat, um eine mögliche Kritik vorwegzunehmen, nichts damit zu tun, daß eine Generation von später geborenen Historikern den Zeitgenossen etwa Vorwürfe für ihr damaliges Handeln machen wollte. Es geht auch nicht darum, Wissen und Kenntnisse unterstellen zu wollen, die die Beteiligten damals (noch) nicht besaßen. Zu allerletzt wäre beabsichtigt, etwa die moralische Integrität einzelner handelnder Personen in Frage zu stellen. Es geht „nur" um eine der klassischen Aufgaben des Historikers, die rationale Analyse der Vergangenheit.

* Die vorliegende Darstellung stützt sich in wesentlichen Passagen auf Karl Heinrich Pohl: Obrigkeitsstaat und Demokratie. Aspekte der „Revolution" von 1918/19, in: Hettling, Manfred (Hg.): Revolution in Deutschland? 1789-1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. 46-69; dort auch weitere exakte Literaturangaben. Hier wird in Form eines Essays die damalige Argumentation aufgenommen und weitergeführt.

1 Dieses Urteil Michael Salewskis, der sich in den „Kieler Nachrichten" zu den Ereignissen von 1918/19 äußerte, sei zum Anlaß genommen zu fragen, ob es tatsächlich nur diese Alternativen gab oder ob nicht mehr Möglichkeiten der Gestaltung des künftigen Deutschlands vorhanden waren. Zugleich soll damit eine weitere Diskussion über die Revolution von 1918/19 angeregt werden.

1. Woran kann man den möglichen Erfolg oder Mißerfolg der deutschen Revolution von 1918/19 messen, kann man das Ausschöpfen aller ihr innewohnenden Möglichkeiten feststellen? Ein Weg wäre, sich mit Hilfe einer Begriffsbestimmung dessen, was in der Wissenschaft unter Revolution verstanden wird, dem Themenkomplex anzunähern. Mit der Erfüllung der „wissenschaftlichen" Definitionsmerkmale hätte man einen Katalog, an dem der Erfolg konkret meßbar oder aber der Mißerfolg zu belegen wäre. Man könnte allerdings auch – dies wäre ein zweites Verfahren – die Revolution in Deutschland daran messen, ob und inwieweit ihre Ergebnisse dazu beitrugen, Deutschland im europäischen Kontext neu zu positionieren. Wurde durch diese Revolution das deutsche System – das im allgemeinen als eine Besonderheit in der westeuropäischen Entwicklung des späten 19. Jahrhunderts betrachtet wird – der allgemeinen westeuropäischen Entwicklung „angepaßt"? Wurde aus dem autoritären Deutschen Reich eine parlamentarische Demokratie wie in den meisten westlichen Nachbarländern auch?

Ich möchte mich im folgenden auf das erste Verfahren stützen, möchte untersuchen, inwieweit sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle System im Deutschen Reich nach der Revolution veränderte. Hierbei soll allerdings die Diskussion der Frage, ob man dabei von einer „echten" Revolution sprechen kann, eher im Hintergrund stehen. Es geht also nicht in erster Linie um die Erfüllung aller Kriterien einer Revolution, sondern um das Ausmaß der Veränderungen ganz allgemein.

Unter einer tiefgreifenden Veränderung wäre ein Austausch der Herrschaftseliten zu verstehen, eine Änderung der politischen Institutionen und der ihnen zugrunde liegenden Normen, verbunden mit einer entscheidenden Veränderung wichtiger Komponenten des sozioökonomischen Systems in relativ kurzer Zeit. Gewinner dieser Veränderungen müßte die Masse der bis dahin mit weniger Rechten ausgestatteten Schichten sein. Die Veränderung hätte insgesamt zum Ziel, die Herrschaftslegitimation zu verbreitern und eine Partizipation der Mehrheit der Bevölkerung in Politik, Kultur und Ökonomie deutlich zu erweitern.

Zweifellos hat die Revolution – das ist die Ausgangsbasis der folgenden Überlegungen – bleibende Zeichen gesetzt, hat auf ganz verschiedenen Ebenen Entwicklungen in Deutschland abgebrochen und beendet und auch neue eingeleitet. Insofern kann man in keinem Fall von einer grundsätzlichen Erfolglosigkeit sprechen. Um einige Beispiele zu nennen: Es wurde etwa die Geschichte des autoritären Deutschen Kaiserreiches von 1871 beendet und eine neue politische Ära eingeleitet – zumindest äußerlich und formal. Wieweit der Geist des Kaiserreiches allerdings auch die neue Republik bestimmen sollte, sei dahingestellt. In jedem Fall aber stellte die Weimarer Republik ein Gebilde dar, das sich trotz vieler Kontinuitäten innerlich und äußerlich vom alten Kaiserreich deutlich absetzte.

Ferner wurde mit der Revolution der Erste Weltkrieg beendet. Dies ist eine Tatsache, die für die Revolution wie für die neue Republik von großer Bedeutung war, zugleich aber auch eine schwere Hypothek darstellen sollte. Die Revolution setzte ein, als der Krieg, auch für den borniertesten Nationalisten sichtbar, endgültig verloren war. Daß intime Kenner des Kriegsgeschehens bereits seit der Marneschlacht vom Sep-

tember 1914 ahnten, daß das Kaiserreich den Krieg nicht mehr würde gewinnen können, steht auf einem anderen Blatt. Der Friede – von der neuen Republik ausgehandelt – kam allerdings unter Bedingungen zustande, die sich die meisten Deutschen nicht hatten vorstellen können und wollen.

Drittens schließlich – aus innen- und sozialpolitischer Perspektive – stellte die Revolution die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern, Unternehmern und Staat, die das Kaiserreich lange Jahrzehnte in Atem gehalten hatte, auf eine neue Ebene. Die fast fünfzigjährigen Bemühungen der Arbeiter und ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen, politisch voll anerkannt zu werden und das staatliche Geschehen in ihrem Sinne mitgestalten zu können, gelangten mit der Revolution ans Ziel. Das neue Staatsgebilde stellte eine sozial akzentuierte parlamentarische Demokratie dar, in der Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften integrativer Bestandteil des Systems wurden. Konnten – so wäre daher zu fragen – die Revolutionäre daher nicht stolz auf ihre Erfolge sein?

Zum weiteren Vorgehen: Zuerst werde ich einige sehr knappe Bemerkungen zur „revolutionären Situation" machen, also zu dem Problemkreis, ob und inwieweit die Umstände für eine erfolgreiche Umwälzung von Staat und Gesellschaft tatsächlich gegeben waren. Darauf folgt eine kurze Beschreibung des Ausmaßes der Veränderungen – mit einer knappen Bewertung. Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, ob es möglicherweise einen „dritten Weg" zwischen der raschen Errichtung einer parlamentarischen Demokratie auf der einen und der allgemein abgelehnten Installierung eines Rätesystems auf der anderen Seite gegeben hat, einen Weg, der nicht nur in den Köpfen theoretisierender Historiker besteht, sondern ansatzweise auch in der Revolution selber diskutiert wurde und eine praktische Rolle spielte.

Als Beispiel für einen solchen „dritten Weg" soll München stehen. Die Entwicklung in der kurzen „Regierungszeit" Kurt Eisners, also vom November 1918 bis Mitte Februar 1919, dem Zeitpunkt der Ermordung Eisners, kann – so die These – dafür stehen, wie ein möglicher dritter Weg – dessen Existenz von verschiedenen Historikern auch heute immer noch bestritten wird – hätte aussehen können.

2. Die Existenz einer revolutionären Situation ist zu allen Zeiten eine unverzichtbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Umsturz gewesen. Eine Revolution hat nur dann Chancen, sich durchzusetzen, wenn die Umstände einen Erfolg grundsätzlich möglich machen, wenn also die „strukturellen Vorbedingungen" für eine mögliche Umwälzung erfüllt sind. Die geeignete Situation ist also eine unabdingbare, wenn auch keine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Revolution – wie das deutsche Beispiel belegt.

Im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß revolutionäre Bedingungen dann gegeben sind, wenn das staatliche Gleichgewicht eines politischen Systems (in diesem Falle also des Kaiserreiches) gestört ist und alle Versuche, es wieder herzustellen, scheitern. Des weiteren spielt eine erhebliche Rolle, daß der Macht- und Autoritätsverlust der „politischen Klasse" so groß geworden ist, daß er nahezu irreparabel erscheint.

Schließlich ist von gravierender Bedeutung – und damit wird ein Blick auf die „Revolutionäre" geworfen –, daß eine kraftvolle, unverbrauchte und moralisch unbelastete Opposition bereitsteht, die die Macht übernehmen kann und vor allem dies auch will.

Auf das späte Kaiserreich bezogen, kann man sagen, daß wesentliche Voraussetzungen gegeben waren. Zwar sah es auf den ersten Blick noch im Sommer 1918 ganz anders aus. Das Reich wirkte wie ein gefestigtes Gebilde. Tatsächlich aber traf das nicht zu. Einige Beispiele: Der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft war etwa, obwohl sie seit dem Jahre 1912 im Reichstag die stärkste Fraktion stellte, die politische Mitwirkung immer noch erheblich beschnitten. Das gilt für das Reich, vor allem aber auch für die Länder und die Kommunen. In Preußen, das fast zwei Drittel des Reiches ausmachte, wurde die Sozialdemokratie durch das plutokratische Drei-Klassen-Wahlrecht praktisch marginalisiert. Im allgemeinen wurde auf sozialdemokratische Interessen nur so lange widerwillig eingegangen, als damit nicht die grundsätzliche Pariastellung der Partei abgebaut wurde. Es gab dabei allerdings ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Die Länder südlich des Mains hatten auf dem Weg, die Sozialdemokratie in das politische System zu integrieren, bereits deutliche Fortschritte gemacht.

An dieser Konstellation konnte auch die anfängliche sozialdemokratische Zustimmung zum deutschen „Verteidigungskrieg" nichts ändern, eine Zustimmung, durch die zeitweise eine neue nationale „Volksgemeinschaft" zu entstehen schien. Die gesellschaftlichen Bruchlinien verschärften sich jedoch bald massiv, nicht zuletzt deswegen, weil die sozialdemokratischen Arbeiter zwar als „Deutsche" – als die sie der Kaiser nun großzügig akzeptierte – ihren Blutzoll für das Reich und die bestehende Gesellschaftsordnung erbrachten, Anerkennung, Gleichstellung und Mitbestimmung aber weiterhin nicht erhielten. Ihre ökonomische Situation verschärfte sich von Jahr zu Jahr, so daß man zu Recht von einer sich vertiefenden Klassengesellschaft gesprochen hat.[2] An eine Änderung des undemokratischen preußischen Wahlrechtes, immerhin eine Möglichkeit, die politische Emanzipation der Arbeiter zu fördern, wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt gedacht. Es blieb für die Unterschichten mithin nur die Erkenntnis, die hohen Opfer umsonst bringen zu sollen.

Damit wird deutlich, daß die Versuche, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft herbeizuführen, erfolglos bleiben mußten. Ein Erfolg wäre nur dann möglich gewesen, wenn es substantielle Zugeständnisse an die Arbeiter gegeben hätte. Dazu aber konnten sich die Herrschenden nicht aufschwingen. Mehr als eine nur unwesentliche Beteiligung an der Macht wurde nicht zugestanden. Substantielle Angebote kamen viel zu spät. Als die konservative Verfassungsreform schließlich im Oktober 1918 „von oben" eingeleitet wurde, konnte sie die Monarchie nicht mehr stabilisieren. Statt systemerhaltend zu wirken, wurde die Reform gleichsam zum Sprungbrett für die Revolution.

Auch die Autorität und die Macht des Staates verfielen während des Krieges in dramatischer Weise. Die kaiserlichen Regierungen unterwarfen sich den Bedingungen des bestehenden Wirtschaftssystems, für das

2 Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen, 2. Auflage 1978.

Privatbesitz an Produktionsmitteln und Gewinnmaximierung den Motor darstellten. Zugleich unterwarf sich die Politik den militärischen „Notwendigkeiten", also den „Kriegsherren". Die dadurch bedingte partielle Ohnmacht in ökonomischen und später auch in politischen Fragen engte den staatlichen Handlungsspielraum entscheidend ein. Das Reich ähnelte einer Militärdiktatur.

Aus sozialer Sicht war besonders folgenreich, daß der Staat und seine Organe durch das bestehende Wirtschaftssystem daran gehindert wurden, die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft zu entschärfen oder doch wenigstens zu überbrücken, wenn das angesichts der sozialen Vorstellungen der herrschenden Eliten überhaupt möglich gewesen wäre. Dadurch verlor der Staat immer mehr an Sympathien, bis er von vielen Arbeitern nur noch „als Büttel des Kapitals" oder als „Handlanger der Militärs" wahrgenommen wurde.

Auch die letzte Voraussetzung für eine revolutionäre Situation, eine starke Opposition, die bereit und willens war, die Führung der Revolution zu übernehmen, schien zu existieren. Eine Alternative zum kaiserlichen System stand bereit, nämlich die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Zukunftsvorstellung, eine soziale und parlamentarische Demokratie installieren zu wollen. Dort würde die Arbeiterschaft, so die Vorstellung ihrer Theoretiker, den ihr gebührenden Platz einnehmen und die Macht von Kapital und Militarismus brechen können.

Alles schien für diesen neuen Staat vorbereitet zu sein. Millionen von Menschen hatten auf ihn gewartet, Tausende von Funktionären hatten sich in Parlamentarismus und Verwaltung bereits im Kaiserreich „eingeübt", in der Selbstverwaltung und in der Kommunalpolitik politische und bürokratische Erfahrungen gewonnen, waren sachkundig, schienen zudem genau zu wissen, was sie wollten. Die Gefahr, daß nach einer geglückten Revolution eine Auswechslung der Eliten nicht möglich sein werde, schien mithin weitgehend ausgeschlossen.

Nicht zuletzt: Die Masse der sozialdemokratischen Führer hatte sich im Kriege nicht durch ausufernde Forderungen diskreditiert, hatte in der maroden Mängelverwaltung keine Rolle gespielt und auch die militärische Niederlage nicht verschuldet. Im Gegenteil: Sozialdemokratische Soldaten hatten nicht weniger mutig als andere gekämpft und damit bewiesen, wie hoch sie das deutsche „Vaterland" schätzten. Alles drängte gewissermaßen auf einen Machtwechsel hin.

Damit stellt sich die Frage, warum es trotz dieser scheinbar optimalen Voraussetzungen nicht zu einer geglückten Revolution kam. Warum blieb der Umsturz vor wichtigen Entscheidungen stehen, warum wurde die Revolution nicht bis zum endgültigen Erfolg gewagt? Diese Probleme sollen im folgenden im Mittelpunkt stehen.

3. Eine chronologische Betrachtung der deutschen Revolution – ein erster Schritt und eine Vorbedingung für eine analytische Betrachtungsweise – führt bereits zu einer Beobachtung, die schon den Beginn der Revolution gewissermaßen mit einem Fragezeichen oder mit einem Makel versehen muß.

Die Revolution konnte sich nicht entfalten und durchsetzen, weil sie bereits beendet wurde, ehe sie richtig begonnen hatte – so kann man zu-

sammenfassend feststellen. Diejenigen in Deutschland, die dazu berufen gewesen wären, den kaiserlichen Eliten die Macht zu entreißen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen, die Sozialdemokraten also, glaubten, bereits vor Ausbruch der Revolution am Ziel ihrer Wünsche zu sein. Sie waren sich sicher, bereits so viel Macht in den Händen zu halten, daß sie weitere Kompetenzen nicht mehr benötigten.

Damit ist die Kabinettsumbildung vom Oktober 1918 angesprochen. Diese wurde von den militärischen Diktatoren Deutschlands, Hindenburg und Ludendorff, angesichts der militärischen Niederlage Deutschlands gefordert und schließlich auch durchgesetzt, nachdem ihre Kriegspolitik auf der ganzen Linie gescheitert war. Das Deutsche Reich sollte damit – nicht zuletzt aus taktischen Gründen, mit dem Blick auf das Ausland und vor allem die USA – „parlamentarisiert" werden. Damit wollte man bessere Friedensbedingungen erreichen. Die Parteien der Linken und der Mitte (Zentrum, Fortschrittspartei und gemäßigte Sozialdemokraten), die die Mehrheit im Reichstag besaßen, wurden daher an der letzten kaiserlichen Regierung des Prinzen Max von Baden beteiligt.

Diese Beteiligung an dem „bankrotten Unternehmen" kaiserliches Deutschland hatte insgesamt negative Folgen: Zum einen bewirkte sie, daß die deutsche militärische Niederlage, die ja vom kaiserlichen Deutschland und seinen Eliten allein verschuldet worden war, von der neuen Regierung als Hypothek mit übernommen wurde. Die demokratischen Parteien konnten fortab von ihren Gegnern mit dieser Niederlage in Verbindung gebracht werden. Das kaiserliche Deutschland verließ gewissermaßen erhobenen Hauptes – unbesiegt, wie man später frech und gegen besseres Wissen behauptete – das Schlachtfeld. Das Erbe der eigenen Katastrophenpolitik überließ man der Sozialdemokratie und stahl sich damit aus der Verantwortung.

Zum anderen bedeutete die Annahme des Angebots, sich an einer kaiserlichen Regierung zu beteiligen, daß man gleichsam auf einen „Gnadenakt" von oben einging und die Neuerungen nicht selber errungen und durchgesetzt hatte. Die deutsche Tradition obrigkeitsstaatlicher Gnadenerlasse und einer „defensiven Modernisierung"[3] setzte sich also bis zum Oktober 1918 fort. Allerdings – und das muß man betonen – war ein System wie das 1918 von oben dekretierte in der Tat das erklärte Ziel der Mehrheitssozialdemokratie gewesen. Entgegen aller verbalen Deklarationen erstrebte die Partei keine „sozialistische Diktatur", sondern mehrheitlich eine parlamentarische Demokratie mit einer sozialen Färbung; an mehr Revolutionäres war nicht gedacht.

Insofern war der Einstieg der Sozialdemokratie in das sinkende Schiff des Kaiserreiches mit dem Selbstverständnis der Partei durchaus in Einklang zu bringen. Man war sich sicher, mit der Regierungsbeteiligung das erreicht zu haben, wofür man die letzten Jahrzehnte vergeblich gerungen hatte. Man wurde fortab von den Eliten als politikfähig akzeptiert. Das war es, was man als Sozialdemokrat gewollt hatte.

Das Problem bestand allerdings darin, daß angesichts der Umstände im Oktober 1918 ein solches Ergebnis keineswegs optimal war. Der Erfolg, den der Eintritt von Sozialdemokraten in eine Reichsregierung zweifellos bedeutete, mochte in Friedenszeiten und in einem anderen

3 Vgl. hierzu Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815, München 1987.

politischen Kontext den Zielen sozialdemokratischer Politik durchaus entsprochen haben. Er mochte auch zu anderen Zeiten Chancen für die Zukunft sozialdemokratischer Politik besitzen, nämlich eine allmähliche Reformierung des kaiserlichen Systems zu bewirken. Zu dem gegebenen Zeitpunkt paßte diese Bescheidenheit jedoch nicht mehr zu der bestehenden „revolutionären" Situation und zu den realen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung.

Zudem vertrug sich eine solche Haltung auch nicht mit dem Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Sympathisanten, soweit man das heute noch feststellen kann. Die deutsche Arbeiterschaft war nicht mehr die der Vorkriegszeit. Der Krieg hatte vieles verändert und nicht zuletzt die Klassenspannungen verschärft.[4] Zudem besaß die „alte" Sozialdemokratie inzwischen linke Konkurrenzorganisationen, die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und den Spartakusbund. Das „Monopol auf Sozialismus" war mithin verloren. Die linke Konkurrenz war jedoch gewillt, die gemäßigte Politik der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) zu bekämpfen, zu Aktionen aufzurufen und – wenn nötig – die Revolution weiterzuführen, um den alten Staat in seinen Grundfesten zu zerstören. Solidarität – das sozialdemokratische Zauberwort für manche Konfliktunterdrückung innerhalb der eigenen Mitgliederschaft – war von solchen Konkurrenten nicht mehr zu erwarten.

Aus dieser Konstellation ergibt sich bereits der „verunglückte" Beginn der Revolution. Sie wurde von der Mehrheitssozialdemokratie nicht mit Mut und Engagement vorangetrieben, sondern eher zögernd und widerwillig hingenommen, von einer MSPD, die sich, gedrängt von den konkurrierenden Organisationen und einer politisch mobilisierten Arbeiterbewegung, nur ungern zum Mitmachen bewegen ließ. Es waren daher auch nicht revolutionäre sozialdemokratische Funktionäre oder aktive Gewerkschaftsführer, die die labile Situation zur Revolution nutzen, sondern meuternde Matrosen. Am 28. Oktober revoltierten in Wilhelmshaven Tausende von Matrosen, am 3. November Matrosen und Soldaten in Kiel. Am 6. November wurden in Hamburg und Bremen Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Am 7. November rief Kurt Eisner in München die Republik aus und bezeichnenderweise erreichte erst am 9. November die revolutionäre Welle schließlich auch Berlin, das Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung. Eher der revolutionären Not gehorchend als aus innerer Überzeugung – vor allem aber um „Schlimmeres" zu verhüten (was eigentlich?) –, rief daraufhin der sozialdemokratische Parteiführer Philipp Scheidemann die deutsche Republik aus.

Bereits einen Tag später war allerdings nach Meinung der Mehrheitssozialdemokratie alles in beste Bahnen geleitet. Es war das neue Kabinett der Revolution gebildet, der sechsköpfige Rat der Volksbeauftragten. Obwohl alle sozialistischen Kräfte durch den Verlauf der Ereignisse völlig überrascht und auf den plötzlichen Zusammenbruch des alten Systems keineswegs vorbereitet waren, schien mit der Etablierung des Rates die Revolution das Machtmonopol errungen und die beiden stärksten Gruppierungen der organisierten Arbeiterbewegung (USPD und MSPD) die Macht übernommen zu haben. Zugleich schien auch die Spaltung der Arbeiterbewegung – mit Ausnahme allerdings des organi-

4 Hierzu Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918.

satorisch immerhin nach wie vor bei der USPD eingebundenen Spartakusbundes, der späteren KPD – überwunden zu sein. Die Revolution hatte ganz offensichtlich gesiegt. Die alten Eliten schienen entmachtet und zitterten vor weiteren revolutionären Aktionen. Alles war zur Errichtung eines ganz neuen Staatswesens vorbereitet.

4. Was aber wollten die „Revolutionäre"? An der Beantwortung dieser Frage läßt sich zeigen, daß eine Revolution nach Auffassung der MSPD gar nicht stattfinden sollte. Für sie war die Lage klar. Bereits die Novemberrevolution war ihrer Meinung nach schädlich gewesen, weil durch sie die „ruhige" und „sachgemäße" Lösung der – in der Tat – auf die neue Regierung drückenden schwierigen Probleme gestört wurde. Es galt die zurückkehrenden Soldaten in die Gesellschaft zu integrieren, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen, die Kriegs- auf Friedensproduktion umzustellen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen und nicht zuletzt einen ehrenvollen Frieden auszuhandeln. Revolutionäre Unruhen, so die Ansicht der Führer der MSPD, würden dabei nur stören.

Die zukünftige Entscheidung über die Gestaltung der Politik sollte – und damit befand sich die MSPD in Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Politik – eine neue, nach demokratischen Regeln zu wählende verfassungsgebende Nationalversammlung übernehmen. Ob dadurch der historische Moment verpaßt würde, sofort und ohne Umschweife jahrzehntealte, noch weitergehende sozialdemokratische Forderungen durchzusetzen und entscheidende Weichen für die Zukunft zu stellen, interessierte die Partei offenbar nicht. Eine strukturelle Absicherung der Errungenschaften des Umsturzes mit Hilfe der mobilisierten oder doch leicht zu mobilisierenden Bevölkerung hielt die MSPD für überflüssig, wenn nicht gar für schädlich. Zusätzliche Institutionen, in denen Arbeiter und Soldaten über ihren Einfluß im zukünftigen Parlament hinaus einen deutlich bestimmenden Einfluß besaßen, lehnte sie ganz offensichtlich ab.

Der Wechsel an der Staatsspitze und bei wichtigen politischen Institutionen reichte der Partei aus. Es schien ihr unnötig zu sein, bereits in dieser Phase (wann aber wohl sonst?) den alten Machtapparat zu zerschlagen, die Strukturen des preußisch geprägten deutschen Militärs grundsätzlich umzugestalten, das Wirtschaftssystem, das die sozialen Forderungen der Partei finanzieren sollte und dementsprechend in Zukunft stark belastet werden mußte, entscheidend zu verändern. Nicht einmal eine sofortige Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie (klassische sozialistische Forderungen) wurde in Aussicht gestellt. Wenn eine politische Gruppierung in Deutschland unrevolutionär und ohne das wichtige Gespür für Machtfragen war, dann war das die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1918.

Andere Ziele und eine andere Strategie verfolgte demgegenüber die zahlenmäßig kleine sozialistische Gruppe des Spartakusbundes um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Obwohl ebenfalls von der Entwicklung überrascht, obwohl nur von einer kleinen Minderheit unter den Arbeitern unterstützt, reagierte sie sofort. Der Spartakusbund strebte ein grundsätzlich verändertes, ein Räte-Deutschland an. Dieses neue Deutschland sollte scharf mit der bisherigen Politik brechen. Das künf-

tige Gesellschaftssystem sollte aber – und das ist zu betonen – nicht mit Gewalt von einer Minderheit einer Mehrheit aufgezwungen werden, wie es kurz zuvor in Rußland geschehen war. Das kann man aufgrund der gegenwärtig bekannten Quellenlage in dieser frühen Phase eindeutig für die Mehrheit der Führer und Anhänger des Spartakusbundes sagen.

Die Politik richtete sich allerdings wie selbstverständlich gegen die bisher dominierenden Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär. Sie berücksichtigte damit – das läßt sich aus heutiger Sicht deutlich erkennen – hellsichtig die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland, realistischer jedenfalls, als es die MSPD tat. Der Konflikt, nicht aber die Kooperation war damit vorprogrammiert. Durchgesetzt werden sollte dieses Konzept durch ein ständiges Vorantreiben der Revolution und eine permanente Politisierung der unteren Bevölkerungsschichten.

In dieser frühen Phase der Revolution wurde weder von den Führern noch den Anhängern des Spartakusbundes ein „bolschewistisch-diktatorisches" System angestrebt. Die Alternative „Bolschewismus" gegen „parlamentarische Demokratie" bestand zu diesem Zeitpunkt keineswegs, obwohl genau das später oft behauptet werden sollte. Zunächst ging es vor allem um die Frage, wie die bisherigen Errungenschaften des Umsturzes gesichert werden konnten, und – das war noch wichtiger – wie die Revolution weiter vorangetrieben werden sollte, um die Macht der alten Eliten wirklich langfristig zu brechen.

Ein natürliches Hindernis gegen ein radikales Rätesystem nach russischem Muster bestand schon darin, daß deren Vertreter in kaum einem der sich neubildenden Räte einen Sitz, geschweige denn die Mehrheit erringen konnten. Die bestehenden Räte setzten sich – überspitzt ausgedrückt – aus Menschen zusammen, die entweder gar nicht wußten, was ein („sowjetisches") Rätesystem bedeutete, oder aber die Macht der Räte von vornherein gering halten wollten. Im übrigen waren es meist Anhänger der MSPD. Eine solche Analyse war allerdings für die Zeitgenossen schwierig zu erstellen. Die machtvollen Straßendemonstrationen des Spartakusbundes täuschten eine viel größere Anhängerzahl vor, als die Gruppe tatsächlich besaß. Insofern war die Furcht vor der Tätigkeit des Spartakusbundes, die in den Reihen der MSPD bestand, nicht unverständlich. Für den tatsächlichen Handlungsspielraum der Akteure und die Analyse des Historikers ist dies jedoch nahezu ohne Belang.

Zwischen diesen beiden Gruppierungen agierte als dritte sozialistische Kraft die USPD. Sie war, anders als der Spartakusbund, eine bedeutende politische Größe. Die Partei hatte aber – im Unterschied zur MSPD und zum Spartakusbund – keine einheitliche politische Konzeption. Ein Teil ihrer Sympathisanten tendierte zu den Ideen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, ein anderer Teil befürwortete eher die Positionen der MSPD, auch wenn er die Einberufung einer Nationalversammlung gern noch ein wenig hinausgezögert hätte. Er hätte es lieber gesehen, wenn zuvor noch stärkere Weichen in Richtung einer sozialistischen Demokratie gestellt worden wären. Hier zeichnete sich so etwas wie ein „dritter Weg" in die Moderne ab. Wie diese Zukunft allerdings aussehen sollte, wußte fast niemand innerhalb der USPD zu sagen. Das war das entscheidende Manko der Partei.

Unter diesen Umständen war die Regierung der Volksbeauftragten –

so läßt sich aus heutiger Sicht feststellen – geradezu zum Scheitern verurteilt. Den einzig vorwärtsweisenden Schritt, den die MSPD tun wollte, die schnelle Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, reichte der USPD nicht aus. Eine konstruktive Diskussion darüber jedoch, ob eine solche Einberufung möglicherweise zu verschieben sei, war für die MSPD nicht möglich. Sie fürchtete den ständigen Druck des Spartakusbundes. Dieser wiederum sah mit wachsender Nähe zum Wahltermin seinen Einfluß schwinden und führte sich dementsprechend immer aktionistischer auf.

Die Furcht vor dem Spartakusbund und die Angst vor „der" Straße, ein Phänomen, das den in Partei und Gewerkschaften groß gewordenen, disziplinierten Funktionären ein Greuel war – nicht aber die Furcht vor der Reaktion – diktierte daher die Handlungsstrategien der MSPD. Ihre Volksbeauftragten ließen sich folglich immer mehr nach rechts zu den alten kaiserlichen Eliten abdrängen. Genau dies aber mußte zum Auslöser für den Bruch des Bündnisses mit der USPD werden und zugleich große Teile der eigenen Anhängerschaft beunruhigen.

Viele Arbeiter erwarteten ein stärkeres Eintreten für mehr Demokratie – trotz der überwältigenden Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung. Sie erwarteten durchgreifende Reformmaßnahmen zur Sicherung des parlamentarischen Systems, zur Demokratisierung der Wirtschaft und zum Schutz der sozialen Errungenschaften – wie die Diskussionen im Dezember auf dem 1. Reichsrätekongreß in Berlin bewiesen. Die meisten, die dies forderten, waren jedoch – um es nocheinmal zu betonen – Anhänger der MSPD und keine wilden sowjetischen „Anarchisten".

Eine Folge der eskalierenden Auseinandersetzungen, die sich vor allem wegen der Haltung der MSPD zum Militär verschärften, war schließlich der Austritt der USPD aus der „Regierung". Die äußerste Linke wiederum, die sich am 1. Januar 1919 als KPD konstituierte, bereitete schließlich – als Gegenreaktion – den „Januaraufstand" vor. Das wiederum bestätigte die MSPD in ihrer Kommunistenfurcht und trieb sie immer weiter in die Arme der alten Mächte, vor allem der Armee. Mit dem blutigen Triumph der Regierungstruppen über die „linken Anarchisten" rückten MSPD und kaiserliches Militär endgültig zusammen. Das spaltete die Arbeiterbewegung irreparabel.

Der Kampf um die Staatsform und um die Ziele der zukünftigen Politik war damit endgültig zu einer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Flügeln des Sozialismus geworden. Gewinner dieser Auseinandersetzungen waren die bürgerlichen und die konservativen Kräfte, mit denen die MSPD fortab mehr und mehr zusammenarbeitete. Mit ihnen konnte aber kein sozialistischer Staat installiert, sondern im besten Falle eine konservativ angehauchte bürgerliche Demokratie bewahrt werden.

Die Wahlen zur Nationalversammlung bestätigten diesen Trend: Die MSPD konnte zwar ihre herrschende Stellung festigen; sie erhielt etwa 38% aller Stimmen – mehr als jemals zuvor. Dies war aber selbst mit den 7,7% Stimmen der USPD nicht genug, um auf parlamentarischem Wege eine grundsätzliche Umgestaltung des Staates durchsetzen zu können. Die Nationalversammlung besaß eine bürgerliche „Blockade-

mehrheit"; mit der zusammenzuarbeiten die Sozialdemokratie in Zukunft gezwungen war.

Die Partei schien dies jedoch nicht zu stören. Immerhin schien das neue Weimarer System fast alles zu erfüllen, was die von ihr gewünschte bürgerliche parlamentarische Demokratie ausmachte. Die Einheit der Nation war bewahrt, eine freiheitliche demokratische Verfassung installiert worden, der deutsche „Sonderweg" schien für immer beendet. Die politischen Institutionen und die ihnen zugrunde liegenden Normen hatten sich verändert. Eine vergrößerte Partizipationsmöglichkeit für alle und der Abbau der Herrschaft weniger über die Mehrheit schien erreicht, und das alles in relativ kurzer Zeit und (fast) ohne großes Blutvergießen.

Vieles war also durchgesetzt worden, aber eben zu wenig – gerade angesichts der vorhandenen Chancen. Die Möglichkeit, Verwaltung, Wirtschaft, Militär und Politik radikal zu demokratisieren, blieb ungenutzt. Der von der MSPD eingeschlagene Weg führte nicht weit genug. Entscheidend blieb, daß sich nur an der „Oberfläche" etwas getan hatte. Entscheidende Neuerungen, so etwa der komplette Austausch der Herrschaftseliten und einschneidende Maßnahmen im militärischen und sozioökonomischen System, kamen nicht zustande. Nicht zuletzt deswegen stand die Weimarer Republik von Anfang an auf tönernen Füßen. Die zögerliche und nur oberflächliche Veränderung des obrigkeitsstaatlichen Systems des Kaiserreiches, bei der die alten, der Demokratie feindlichen Eliten in ihren Stellungen verharren und schon bald wieder in Herrschaftspositionen gelangen konnten, hat den Untergang der Weimarer Republik mitverursacht.

Zwar folgte im Jahre 1919 noch ein zweite revolutionäre Phase, getragen von einer linken sozialistischen Gruppierung, nicht etwa von den Räten oder gar der MSPD. Diese erlangte zeitweise im Ruhrgebiet eine erhebliche Bedeutung und wird häufig als die eigentliche deutsche Revolution bezeichnet. Hier gewannen tatsächlich radikalisierte politische Vorstellungen die Oberhand. Es ging um eine vollständige Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems – insofern um revolutionäre Zielsetzungen. Damit wurde der Charakter der bisherigen Bewegung in der Tat völlig verändert und revolutionäre Dynamik entwickelt. Was dieser Bewegung jedoch fehlte und was sie zum Scheitern bringen mußte, war die mangelnde Verankerung in der breiten Bevölkerung im gesamten Reich. Im besten Falle hätte es also statt zu einer Revolution zum Putsch einer Minderheit kommen können.

5. Anders als im Reich insgesamt verlief die Entwicklung allerdings in Bayern, und dort vor allem in München. Um die Jahreswende 1918/19 zeigte sich dort, wohin eine „deutsche Revolution" hätte führen können, wenn sie in ihrer Dynamik nicht so früh verebbt wäre. Das Beispiel einer stärkeren Umwandlung des bestehenden Systems mit Hilfe von Räten – wie in Bayern von Kurt Eisner ansatzweise begonnen – zeigt, daß große Chancen vorhanden waren, aber, wenn auch nicht gerade leichtfertig, so doch faktisch und mit fataler Langzeitwirkung, vertan wurden.

Das Beispiel München und Eisner belegt zudem, welche Mißverständnisse über die Ziele der Rätebewegung des Jahres 1918 damals be-

standen und auch heute noch bestehen, wenn man denn überhaupt von einer allgemeinen Zielsetzung derjenigen sprechen darf, die ein solches System favorisierten. Die Mitarbeit von Räten mußte, um es noch einmal zu betonen, keineswegs zum „Bolschewismus" führen. Im Gegenteil, die Räte konnten demokratische Kräfte sein, die den Weg zur Errichtung einer stabilen parlamentarischen und sozialen Demokratie hätten ebnen können. Dies wäre möglicherweise ein „dritter Weg" gewesen, der vielleicht die Weimarer Republik gegen ihre Feinde hätte stabiliseren können.

Wie sah nun dieser „dritte Weg" zwischen einer sofortigen Errichtung des parlamentarischen Systems und einer antiparlamentarischen Installierung einer Räte-Diktatur nach sowjetischem Vorbild aus? Die Vorstellungen, die dem „System Eisner" zugrunde lagen, gingen von einer dynamischen, lebendigen, ständig mit dem Volke in Verbindung bleibenden „Basisdemokratie" aus, die der repräsentativen Demokratie, die in Deutschland noch ohne tiefere Verwurzelung war, in einer ersten Phase vorgeschaltet oder beigegeben werden sollte. Die Hochschätzung basisdemokratischer Entscheidungen scheint im übrigen in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik an Bedeutung gewonnen zu haben, wie die verstärkten Forderungen nach Bürgerentscheiden zeigen.

Die verschiedensten Berufsstände sollten Räte, also politische Organe auf unterer Ebene, wählen. Keiner, der bereit war, an dem neuen Staat in den Räten mitzuarbeiten, sollte ausgeschlossen bleiben. Diese Aufforderung auch an die bürgerliche Mitte (und deren Bereitschaft, wenigstens in München auch aktiv mitzuarbeiten) war eine deutliche Absage an jede Form von proletarischer Diktatur.

Anstelle des in Deutschland noch ungewohnten Parlamentarismus sollten also in der nächsten Zukunft den Bürgern und Bürgerinnen nahestehende und von ihnen legitimierte Räte die Demokratisierung vorantreiben, das öffentliche Leben in Verwaltung und Schule, bei Militär, Bürokratie und Polizei kontrollieren und sich mit Regierungsgeschäften und der Selbstverwaltung befassen. Die Räte waren allerdings nicht als einzige Exekutiv- und Legislativ-, wohl aber als ständige Kontrollorgane geplant. Sie sollten das Volk zur Mündigkeit, zur Politikfähigkeit erziehen und darauf achten, daß seine Interessen unmittelbar von Parlament und Regierung, die auch im neuen System vorgesehen waren, aufgenommen wurden. Eisner wollte mithin die klassische parlamentarische Demokratie keineswegs abschaffen, sondern diese durch die Räte „ergänzen" und erst funktionsfähig machen. Wenn sich das parlamentarische System etabliert haben werde, konnte sich die Funktion der Räte verändern. Es war dann auch möglich, daß sie ganz überflüssig würden.

Eine Diktatur der Räte über das Parlament stand also nicht zur Diskussion. Dieses sollte aber auch nicht unabhängig von den Räten entscheiden können. Eisner beabsichtigte mithin eine Kombination von Räteherrschaft und parlamentarischer Demokratie, eine Formel, die der späteren Historiographie, die die politischen Alternativen von 1918/19 auf „Räterepublik" oder „parlamentarische Demokratie" verkürzte, direkt und deutlich widerspricht. Eisner schwebte ein ausbalanciertes System der Machtverteilung zwischen Parlament und Räten vor, wobei den Räten die Aufgabe zufiel, das Parlament mitzulenken und den

Volkswillen direkt zu verkörpern, während das Parlament seine legislative Befugnis behalten, aber nicht unabhängig vom Willen der durch die Räte direkt vertretenen Volksmeinung agieren konnte. Dieses arbeitsteilige Modell sollte eine fortschreitende Demokratisierung erleichtern und die Erstarkung der Reaktion, die Eisner befürchtete und der das Parlament als „freischwebende" Institution zu leicht Vorschub leisten konnte, verhindern.

Im „Münchner System" Eisners wollte man sich also nicht mit oberflächlichen Korrekturen abfinden. Es ging vielmehr darum, die Bevölkerung „politikfähig" zu machen, bevor man ein parlamentarisches System endgültig etablierte. Hinter diesem Modell stand sehr viel politischer Scharfblick. Insofern ist die Kritik an Eisner, die diesen häufig als „politischen Scharlatan" abstempelt, durchaus verfehlt.[5]

Den Hauptansatzpunkt für eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Zustände sah Eisner in einer permanenten politischen Bildung der deutschen Bevölkerung. Insofern war er ein „unverbesserlicher" Pädagoge und zugleich ein unerschütterlicher Optimist.[6] Die Bildung sollte die Massen zu politischer Urteilsfähigkeit und zur Wachsamkeit gegenüber der Reaktion befähigen. Nur eine politisch aufgeklärte Bevölkerung war seiner Ansicht nach in der Lage, Demokratie ausfüllen und gestalten zu können. Er war insofern Realist, als er erkannte, daß die deutsche Bevölkerung davon noch weit entfernt war. Dieses Urteil unterschied ihn deutlich von der MSPD, und mit dieser Skepsis hat er zweifellos recht behalten. Die Konsequenz daraus, revolutionär fortwirkende Tatsachen zu schaffen, die ihrerseits immer wieder neue revolutionäre Tatsachen erzeugen würden (in Gestalt der Räte), war insofern nur folgerichtig.

Zu betonen ist, daß der ökonomische Faktor in diesem Modell eine höchst untergeordnete Rolle spielte. Für Eisner war der Sozialismus keine Notwendigkeit, die sich aus den materiellen Verhältnissen ergab. Die ökonomischen Bedingungen wertete er – und damit hatte er sicherlich Unrecht – nur als zweitrangig. Dieser Einstellung gegenüber dem Problem der Macht der Wirtschaft lag, wie die Geschichte seiner kurzen Regierungszeit belegt, eine gefährliche Unterschätzung der ökonomischen Kräfte zugrunde. Insofern unterliefen ihm ähnliche Unterlassungen wie der MSPD.

Was ihn von dieser unterschied, war die Strategie, zum Schutz der entstehenden Demokratie, wenn schon keine wirtschaftlichen, so doch politische und pädagogische Sicherungen durchsetzen zu wollen. Damit glaubte er eine ausreichende Vorsorge für den Bestand der parlamentarischen Demokratie getroffen zu haben. Ob er mit dieser Einschätzung, die einen langen Atem erfordert hätte, richtig lag, kann heute nur sehr schwer beurteilt werden. Dafür war das knappe Vierteljahr, in dem Eisner wirken konnte, viel zu kurz.

Immerhin, um ein wenig zu spekulieren: Eisner hätte auf diesem Wege vielleicht das erreichen können, was die Revolution in Deutschland insgesamt nicht erreichte: Ihre Weiterführung und die Sicherung ihrer Errungenschaften. So aber blieb sie Stückwerk, unvollkommen, latent und bald auch spürbar gefährdet. Die Revolution bewirkte viel, aber doch zu wenig, um in Deutschland die Prinzipien von Demokratie und

5 Vgl. hierzu Eisner, Freya: Kurt Eisner: Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt a.M. 1979, S. 205.

6 Pohl, Karl Heinrich/Grau, Bernhard: Kurt Eisners Volksstaat. Zur Bedeutung der „politischen Pädagogik„ in der Revolution von 1918/19, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4 (1995), S. 3-21.

Freiheit rechtzeitig und langfristig stabilisieren zu können. Ein dritter – vielleicht erfolgversprechenderer – Weg wurde nicht gegangen. Aus heutiger Sicht kann man nur hinzufügen: leider.

Benutzte Literatur:

Beyer, Hans: Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin, 2. Auflage 1988.

Bosl, Karl (Hg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969.

Carsten, Francis L.: Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973.

Dähnhardt, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1978.

Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965.

Haffner, Sebastian: Die deutsche Revolution 1918/19, München 1979.

Hettling, Manfred (Hg.): Revolution in Deutschland 1789-1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991.

Hürten, Heinz: Die Novemberrevolution – Fragen an die Forschung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 158-174.

Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a.M. 1985.

Kolb, Eberhard (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner Regierung und die Räterepublik, München 1967.

Neumann, Siegmund: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1977 (Neuauflage von: Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932).

Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (Hg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, Frankfurt a.M., 2. Auflage 1983.

Ritter, Gerhard A.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976.

Roß, Sabine: Politische Partizipation und nationer Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919, Köln 1999.

Rosenberg, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik, Berlin 1928.

Rosenberg, Arthur: Die Geschichte der Weimarer Republik, Karlsbad 1935.

Rürup, Reinhard: Demokratische Revolution und „dritter Weg": Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 278-301.

Zmarzlik, Günther: Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit? Aufsätze und Überlegungen eines Historikers vom Jahrgang 1922, München 1970.